

PRESSEMITTEILUNG

Kiel, 13.05.2025

Wiederherstellen statt wieder fallen lassen

- Umweltverbände fordern klares Bekenntnis zur EU-Wiederherstellungsverordnung
- Naturschutz aufzuschieben bedeutet höhere Kosten in der Zukunft
- Verbände bieten konstruktive Mitarbeit an Umsetzung der WVO an

Schleswig-Holsteins Natur ist akut bedroht: über die Hälfte der Wertbiotope sind bereits verschwunden, Gewässer in schlechtem Zustand, Artenvielfalt im freien Fall. Gerade jetzt, da das neue EU-Recht zur Rettung unserer Ökosysteme (Wiederherstellungsverordnung) greifen soll, macht der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister einen Rückzieher und will das Nature Restoration Law am liebsten ganz kippen. Vor dieser kurzsichtigen Klientelpolitik warnen der Bundesverband beruflicher Naturschutz (BBN), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Schleswig-Holstein (BUND SH) sowie der Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. (LNV SH).

In einem offenen Brief fordern die Verbände Ministerpräsident Daniel Günther auf, sich deutlich zur EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) zu bekennen. Schleswig-Holstein stehe nicht nur ökologisch, sondern auch politisch unter Zugzwang – denn bislang sei viel zu wenig geschehen, um bestehende EU-Naturschutzvorgaben umzusetzen.

„Die Umsetzung der WVO erfordert eine ressortübergreifende Kraftanstrengung: Umwelt, Landwirtschaft, Finanzen, Innen- und Wirtschaftsministerium müssen zusammenarbeiten. Die Naturschutzverbände fordern daher eine klare Gesamtstrategie und verbindliche Maßnahmen“, sagt Florian Liedl vom BBN.

Dietmar Ulbrich, BUND SH: „Besonders wichtig ist uns Verbänden eine frühzeitige Einbindung in die Umsetzung. Wir bieten der Landesregierung eine konstruktive Zusammenarbeit an und fordern einen sofortigen Startschuss für Arbeits- und Steuerungsgruppen, in denen Naturschutz ernsthaft mitgedacht wird.“

Prof. Dr. Ulrich Irmeler vom LNV SH ergänzt „Denn eines ist klar: Wer heute beim Naturschutz spart, zahlt morgen drauf – mit Kosten für Mensch, Umwelt und Klima. Schleswig-Holstein kann sich ein weiteres Zögern nicht leisten!“

Kontakt für weitere Informationen

Bini Schlamann
Referentin Agrar und Biodiversität BUND SH
0176 60365296
bini.schlamann@bund-sh.de

Pressekontakt

Sina Clorius
0179 2630518
sina.clorius@bund-sh.de